

# Indiens zukünftige Außenpolitik

von Eric Gonsalves

**Das zwanzigste Jahrhundert war mehr als jede andere Epoche Schauplatz gravierender Veränderungen der politischen Systeme. Autokratische Herrschaftssysteme wurden durch die Nationalstaaten abgelöst. Auch die bisher existierenden globalen Machtstrukturen sind in den letzten Jahren radikalen Veränderungen ausgesetzt gewesen. Diese Situation erfordert eine differenzierte Analyse der neuen Realitäten, um den zukünftigen Kurs der indischen Außenpolitik abstecken zu können. Diese Neuorientierung sollte nicht durch das Beharren auf vermeintlich bewährten Strukturen und Prinzipien behindert werden, sondern sich daran orientieren, was den Interessen der Nation dienlich ist.**

Im Zusammenhang mit den fundamentalen Umwälzungen der letzten Jahre ist an erster Stelle das Ende des Kalten Krieges zu nennen. Obwohl jeder Verfechter der Blockfreiheit dieses uneingeschränkt begrüßen müßte, ist andererseits Tatsache, daß die meisten Drittwelt-Länder, einschließlich Indiens, den Konflikt zwischen den Supermächten für eigene Zwecke in der bilateralen Politik untereinander ausgenutzt haben. Diese Möglichkeit besteht jetzt nicht mehr. Konsequenz der veränderten Machtstrukturen ist nun die Existenz einer einzigen Supermacht, deren zukünftige Politik nicht exakt einschätzbar ist, und die ein nahezu uneingeschränktes Machtmonopol besitzt. Mit dem Verschwinden der Blöcke verliert auch jede an den Supermächten orientierte Bündnispolitik ihre Bedeutung; charakteristisch für die Zukunft werden wahrscheinlich sich verändernde Bündnis-Konstellationen sein, die eher von Sachfragen als von ideologischen Dogmen geprägt sein werden. Wenn die Blockfreien-Bewegung überleben will, muß sie sich auf ihren ursprünglichen politischen Anspruch, für eine von Spannungen freie Welt zu arbeiten, zurückbesinnen. Um dieses zu erreichen, muß sie sich kompromißlos und uneingeschränkt zur Politik der Vereinten Nationen bekennen, oder andernfalls verschwinden.

## Ökonomische Kriterien vorrangig

Die zweite wesentliche Konsequenz der veränderten globalen Machtstrukturen besteht darin, daß die Beziehungen der Nationen untereinander und die Macht eines jeden Staates vorrangig von ökonomischen Kriterien, und nicht wie bisher von militärischer Potenz determiniert sein werden. Dies wird aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche der Drittwelt-Länder das Nord-Süd-Gefälle verschärfen, und diesen Ländern keine andere Wahl lassen, als sich in die weltwirtschaftlichen Strukturen zu integrieren.

Nach dem Golf-Krieg wurde häufig

die Sorge geäußert, daß die Welt von nun an durch "global policemen" kontrolliert werden würde. Diese Tendenz ist sicher vorhanden, jedoch sind keine Polizeimethoden vonnöten, um Einfluß auf andere Länder zu nehmen. Die Länder der nördlichen Hemisphäre, grob als "Vladivostok-Vancouver-Gruppe" charakterisiert, kontrollieren momentan weitgehend alle internationalen Organisationen, darüberhinaus dominieren sie die Weltwirtschaft in bezug auf Technologie, Märkte und Ressourcen. Durch dieses Machtmonopol werden sie in Zukunft in der Lage sein, interne und externe politische Spannungen durch Abrüstung, reduzierte Verteidigungsausgaben und vertrauensbildende Maßnahmen abzubauen zu können. Bestes Beispiel für diese Entwicklung ist die erkennbare Konsensbereitschaft im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Reaktion der Weltorganisation auf aktuelle Konfliktsituationen, wie beispielsweise im Irak und in Jugoslawien, bestätigen diese Entwicklung.

Indien kann sich diesen veränderten Realitäten nicht verschließen. Im Vordergrund der indischen Außenpolitik steht von jeher das Engagement für vertrauensbildende, friedenssichernde Maßnahmen, für die Lösung von Konflikten mit friedlichen Mitteln und für sichere Koexistenz; Modernisierung versus Militarisierung und die Förderung der demokratischen Idee sind weitere Grundprinzipien dieser Politik, die auch in Zukunft zur Schaffung einer besseren Welt verfolgt werden wird. Dennoch muß Indien, das der Idee der Blockfreiheit verpflichtet ist, als verantwortungsbewußte Regionalmacht dafür Sorge tragen, daß die Macht der nördlichen Industriestaaten kontrollierbar bleibt, damit die schwächeren Länder nicht zu reinen Befehlsempfängern degradiert werden.

## Neue Bündnisse

Der dritte Faktor, der aus den politischen Veränderungen der letzten Jahre resultiert, besteht in der Notwendigkeit

für die marginalisierten Entwicklungsländer, Bündnisse zu bilden und Konzepte effektiver regionaler Kooperation zu entwickeln. Südasien muß alles daran setzen, die SAARC ('South Asian Association for Regional Cooperation'; Gründung 1983 in Delhi, Mitglieder: Bangladesh, Indien, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka) zu einer starken Institution auszubauen. Es ist an der Zeit, die Effizienz dieser Organisation, die immer durch den Zwang zur Einstimmigkeit bei wichtigen Entscheidungen beeinträchtigt war, im Hinblick auf konstruktive ökonomische Zusammenarbeit zu stärken. Die existierende Asymmetrie innerhalb der SAARC bezüglich der unterschiedlichen Größe und Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten muß gemildert werden, was nur möglich ist, wenn die stärkeren Mitglieder, an erster Stelle Indien, zu Konzessionen bereit sind. Darüberhinaus muß die Organisation Möglichkeiten finden, auch heikle sicherheitspolitische Fragen zu behandeln. Bis ein vernünftiges Vertrauensverhältnis zwischen den einzelnen Ländern aufgebaut ist, könnte dieses zuerst im Rahmen rein informeller Treffen geschehen. Alle vertrauensbildenden Maßnahmen in Südasien sind stark von den Schwierigkeiten zwischen Indien und seinen Nachbarn abhängig. Paradoxerweise ist ein wesentlicher Streitpunkt mit Nepal und Bangladesh die Wasserverteilung aus den gemeinsamen Flüssen, während dieses Problem mit Pakistan bereits gelöst ist. Ethnische Spannungen und Migrationsbewegungen sind weitere ungelöste Konfliktpunkte. Indien und Pakistan waren in der Lage, diese Schwierigkeiten nach der der Teilung folgenden Massenbewegung der vertriebenen Religionsgruppen auszuräumen.

Dennoch ist gerade das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan weiterhin von gravierenden Spannungen geprägt, die, obwohl ein offener Konflikt seit 1971 vermieden werden konnte, regelmäßig gefährliche Ausmaße erreichen. Die Bevölkerung beider Länder scheint

die offene militärische Auseinandersetzung abzulehnen. In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen für eine Versachlichung der Auseinandersetzung, sogar Reizthemen, wie die geringe Unterstützung der in Indien lebenden Muslime durch Pakistan, verlieren an Bedeutung. Auch die wirtschaftliche Krise beider Länder hat zu einer Neubewertung der Situation geführt: Bei rationaler Betrachtung erweist sich die gegenseitige Bedrohung als gering und wenig real. Wie, so müssen wir uns fragen, können die notwendigen Brücken gebaut, das gegenseitige Mißtrauen überwunden und kontraproduktive Interessen beseitigt werden? Diejenigen, die am Indo-Pakistanischen Dialog teilgenommen haben, besitzen eine Vorstellung von der Höhe der zu nehmenden Hürden; dennoch, es gibt keine Alternative, und die Ausweitung dieses Dialoges gibt Grund zum Optimismus. Ist es nicht letztendlich besser, wir selbst lösen unsere Probleme, bevor das "Hilfskonsortium" dieses für uns tut?

Der Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion in den letzten zwanzig Jahren ist äußerst instruktiv. Geheime und halb-offizielle Gespräche ohne Teilnahme der Öffentlichkeit dienten dazu, die Grundlagen zu legen. Basis der Vereinbarungen war die gleichzeitige, von beiden Seiten verifizierbare militärische Abrüstung. Auf der politischen Tagesordnung für Indien und Pakistan steht nun die Abrüstung sowohl der konventionellen als auch der nuklearen Waffensysteme.

Die Auseinandersetzung um Kashmir ist ein weiteres Problem, das gemäß des Simla-Abkommens gelöst werden sollte. Die regelmäßigen Interventionen Pakistans und Indiens im Kashmir-Tal haben die Situation entscheidend verkompliziert. Gerade vor dem Hintergrund gravierender politischer Veränderungen im benachbarten Zentralasien besteht die Gefahr, daß, wenn wir weiterhin auf den alten Positionen beharren, unsere Länder in die politische Isolation geraten. Die einzige Möglichkeit zur Lösung des Kashmir-Konflikts besteht darin, alle Konfliktparteien, also auch die politischen Kräfte in Kashmir selbst, an den Verhandlungstisch zu bringen.

Jedes stabile Abkommen zwischen Indien und Pakistan erfordert eine breite Zustimmung und Unterstützung in beiden Ländern. Dieses wird jedoch unmöglich sein, solange bestimmte Gruppen den Annäherungsprozeß zwischen beiden Staaten behindern, um davon innenpolitisch zu profitieren. Dieses Verhalten kommt in der gegenwärtigen Situation einem politischen Selbstmord gleich, deshalb müssen die aufrechten Politiker und Intellektuellen in der Führung alles daransetzen, diese Wider-

stände zu beseitigen. Darüberhinaus muß man sich vergegenwärtigen, daß ein konstruktiver Dialog alle Gruppen einschließen muß, die Macht ausüben, also Militärs, Bürokraten und Politiker unabhängig von protokollarischen Formalitäten.

### Wille zum Kompromiß

Für alle Probleme zwischen Indien und seinen Nachbarn gilt, daß sie immer dann lösbar waren, wenn der Wille zum Kompromiß vorhanden war, das Beharren auf Maximalforderungen hingegen verurteilte jede Verhandlung zum Scheitern. Wenn alle Parteien zu Konzessionen bereit sind, wird der Konflikt um die Wasserzuteilung im Osten des Subkontinents umgehend beizulegen sein.

Sri Lanka ist gefordert, die ethnischen Konflikte des Landes ohne Einmischung von außen zu lösen und der tamilischen Minderheit eine angemessene politische Autonomie zu gewähren. Förderlich dabei wäre sicher eine umfassende kulturelle und ökonomische Kooperation, insbesondere zwischen Südindien und Sri Lanka.

Auch China ist von den globalen politischen Veränderungen nicht unberührt geblieben. Erstmals seit vierzig Jahren steht der zukünftige politische Kurs des Landes nicht eindeutig fest, und auch die Position Chinas im internationalen Kräftefeld ist noch nicht exakt einschätzbar. Das Ende des Kalten Krieges und die blutige Niederschlagung der Studentenunruhen (Tiananmen) haben China international weitgehend isoliert und in die Defensive gedrängt. Indiens Bereitschaft, die bilateralen Beziehungen weiter zu verbessern und das indisch-chinesische Abkommen von 1954, insbesondere bezüglich der Tibet-Frage, einzuhalten, müßte von der chinesischen Führung begrüßt werden. Die Zusammenarbeit beider Länder sollte sich möglichst auf alle relevanten Themenbereiche erstrecken, einschließlich eines Dialoges der Militärs über sicherheitspolitisch heikle Fragen wie beispielsweise die Atomwaffen. Indien kann heute davon ausgehen, daß China nicht mehr daran interessiert ist, bei Konflikten in Südasien direkt zu intervenieren, was an der aktuellen Haltung Chinas im Kashmir-Konflikt deutlich geworden sein dürfte.

Eine wichtige Frage, die weiter ungeklärt bleibt, betrifft den Grenzverlauf zwischen Indien und China. Vielleicht könnte in dieser Frage ein Blick nach Europa hilfreich sein. Wenn Deutsche und Polen jetzt in der Lage sind, freiwillig Grenzen zu akzeptieren, die 1945 von den Siegermächten gezogen worden waren, dann sollte es auch für Indien

und seine Nachbarn möglich sein, den nurmehr seit Jahrzehnten existierenden Grenzverlauf als endgültig anzuerkennen. Die Beilegung aller Grenzstreitigkeiten setzt allerdings voraus, daß das Tibet-Problem durch Gewährung einer weitreichenden Autonomie gelöst werden würde.

### Regionale Kooperation

Viele Länder Süd- und Südostasiens haben in den letzten Jahrzehnten massive ökonomische Fortschritte gemacht und sich zunehmend in das dominierende Weltwirtschaftssystem integriert. Die ASEAN-Staaten (Indonensien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei), Hongkong, Taiwan, Süd-Korea und sogar Süd-Ost-China können heute kaum noch zu den armen Ländern gerechnet werden. Indien hat diese Entwicklung verschlafen, dennoch zeigen einige der genannten Länder durchaus Interesse, sich in Indien zu engagieren. In bestimmten Bereichen ist die Kooperation mit Taiwan oder Korea effektiver für unsere wirtschaftliche Entwicklung als die einseitige Orientierung an Wirtschaftsmächten wie Deutschland, Japan oder Amerika. Indien sollte enger mit den Ländern der Region, inklusive Australiens, zusammenarbeiten. Darüberhinaus wird es in Zukunft immer wichtiger werden, daß die einzelnen regionalen Organisationen (ASEAN, SAARC, etc.) verstärkt kooperieren, um die anstehenden grenzüberschreitenden Probleme, wie Umweltschutz, die Festlegung von Fischerei-Zonen und Schifffahrtsrouten, usw. bewältigen zu können.

### Zerfall der Sowjetunion

Der Zerfall der Sowjetunion in diverse Nachfolgestaaten hat eine völlig neue politische und ökonomische Perspektive geschaffen. Selbst wenn die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sich zu einer relativ effektiven Einheit entwickeln sollte, was eher unwahrscheinlich ist, so hätte man es dennoch mit einer Anzahl von Staaten zu tun, deren Territorium und politische Strukturen vorerst nicht als endgültig anzusehen sind. Mittel- und langfristig jedoch werden alle Beteiligten, sowohl die neuen Republiken, wie auch die anderen Staaten der Welt, zu konstruktiven Kooperationsformen finden. Die Slawischen Republiken orientieren sich bereits jetzt stark am Westen, die Transkaukasischen Republiken sind im Moment noch durch interne Machtkämpfe paralysiert. Interessant ist die Situation in den Zentralasiatischen Staaten, die einerseits stark von ihrem großen Nachbarn Rußland beeinflusst sind, andererseits aber auch die Verbindung zum Westen suchen. Diese Repu-

blicken müssen jedoch, schon um innenpolitisch stabil zu bleiben, zum Beispiel mit der Türkei in ethnischen Fragen zusammenarbeiten; im Verhältnis zum Iran und Saudi-Arabien sind Fragen des Islam relevant und im ökonomischen Sektor spielt auch der pazifische Raum eine wichtige Rolle. Pakistan ist es insbesondere durch das Propagieren einer islamischen Solidarität gelungen, sich einen gewissen politischen und ökonomischen Einfluß in dieser Region zu sichern. Dennoch, obwohl es den herrschenden Eliten häufig opportun erscheint, den Islam für politische Zwecke zu instrumentalisieren, wird der Fundamentalismus als ernste Bedrohung begriffen.

Indien hat schon von jeher gute Beziehungen zu dieser Region, was auch für die Zeit der sowjetischen Herrschaft in diesem Gebiet gilt. Wir sollten diese Beziehungen weiter ausbauen, um schließlich zu überregionalen Kooperationsstrukturen zu gelangen, die Südasiens, Afghanistan und Zentralasien einschließen. Darüberhinaus könnten Indiens Erfahrungen mit dem Aufbau eines demokratischen Staatswesens für diese neuen Republiken äußerst nützlich sein, und auch auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere was die Öffnung eines abgeschotteten Wirtschaftssystems betrifft, könnte Indien wichtige Impulse für die zukünftige Wirtschaftsplanung der zentralasiatischen Staaten liefern. Auch Rußland und die Ukraine könnten davon profitieren. Wie es scheint, ist Rußland jedoch momentan ausschließlich in Richtung Westen orientiert, die Ukraine hingegen zeigt mehr Interesse an einer Kooperation. Unsere Überlegungen sollten sich nicht ausschließlich am Vermächtnis der indisch-sowjetischen Beziehungen orientieren, sondern auch die aktuellen Probleme berücksichtigen. So muß beispielsweise geklärt werden, ob die notwendige Versorgung Indiens mit Rüstungsgütern gewährleistet ist, bis neue Bezugsquellen gefunden sind? Kann der Außenhandel unter den veränderten Bedingungen weiterhin beibehalten werden? Zweifellos ist es für die Wirtschaft eines Landes, das nur über geringe Mengen an harter Währung verfügt, besser, ein direktes Tauschsystem weiterzuführen bis es über entsprechende Devisen verfügt. Gerade in diesem Bereich ist es notwendig, daß in bilateralen Verhandlungen mit allen neuen Republiken zukunftsorientierte Konzeptionen erarbeitet werden.

#### Zusammenarbeit mit westlichem 'Establishment'

Im Zuge der fundamentalen Umwälzungen der letzten Jahre ist Amerika zur alleinigen Supermacht aufgestiegen. Die

meisten seiner Verbündeten und Widersacher sind heute Mitglieder in der UNO oder anderen Organisationen, die mit der Lösung globaler Konfliktsituationen beauftragt sind. Für Indien ist es, wie bereits dargelegt, notwendig, mit diesem westlichen 'Establishment' zu kooperieren, was in Indien durchaus kritisiert wird. Indien kann sich jedoch dieser Zusammenarbeit nicht entziehen, denn die globale politische Stabilität hängt nun viel mehr als bisher von regionalen Faktoren ab. Auch in der Südasienspolitik der USA wurden neue Akzente gesetzt. Sie ist nun geprägt von größerer Neutralität in bezug auf das Verhältnis zwischen Pakistan und Indien. Es ist zu erwarten, daß die Anstrengungen des Westens, Spannungen und Konflikte zu reduzieren, noch ausgeweitet werden, insbesondere die USA werden als 'neutraler' Vermittler bei vertrauensbildenden Maßnahmen intervenieren. Die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, ihre ökonomischen Ziele in bilateralen Verhandlungen durch entsprechende Druckmittel zu erreichen, wird wahrscheinlich noch zunehmen, wenn die Rezession in Amerika anhält. Dennoch, besser als das Beharren auf Prinzipien, ist das Verhandeln, um den Interessen Indiens gerecht zu werden. Der amerikanische Markt bietet auch für die indische Wirtschaft große Möglichkeiten, die genutzt werden sollten.

#### Das neue Europa

Ein anderer Wirtschaftsraum, dem unser Interesse gelten muß, ist das 'neue' Europa. Dort entsteht die größte Wirtschaftseinheit der Welt und Indiens wichtigster Handelspartner. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Südasiens und Europa sind schon aufgrund der (kolonialen) Vergangenheit von außergewöhnlicher Bedeutung. Je weiter die europäische Integration voranschreitet, desto mehr Macht und Autorität wird sich von Frankreich und England nach Deutschland und andere nordeuropäische Länder verlagern. Wir müssen auf diese Situation vorbereitet sein und sie entsprechend nutzen. Deutschland hat bereits bemerkenswertes Entgegenkommen signalisiert. Es ist nun notwendig, die bestehenden Absprachen mit konkreten Inhalten zu füllen.

#### Wettbewerbsfähigkeit im Ausland

Anlaß zur Sorge gibt die mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit der indischen Wirtschaft im Ausland. Die Wirtschaftsstrategie der Zukunft muß vorrangig dem Export von Waren und Dienstleistungen Priorität einräumen und im Gegenzug die technologische Kooperation, sowie die Betätigungsmöglichkeiten für ausländische Investoren in Indien ver-

bessern. Die Chancen der indischen Wirtschaft, sich auf den internationalen Märkten behaupten zu können, hängen stark davon ab, ob in Indien selbst eine stabile und konkurrenzorientierte Wirtschaftsstruktur aufgebaut werden kann.

#### Abrüstung

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist ein starker Trend zu globaler Abrüstung zu verzeichnen. Es ist anzunehmen, daß es bereits kurzfristig zu einer wesentlichen Reduktion der Streitkräfte in den USA und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten kommen wird. Großbritannien, China und Frankreich haben zwar bisher noch keine wesentlichen Abrüstungsmaßnahmen eingeleitet, dennoch wird der Druck, Massenvernichtungsmittel zu verschrotten, insbesondere in den demokratischen Staaten weiter zunehmen. Indien hat immer eine umfassende Abrüstung der nuklearen Vernichtungswaffen befürwortet, dennoch genügt es nicht, sich auf politische Absichtserklärungen zu beschränken. Wir sollten die Initiative übernehmen, um darauf hinzuwirken, daß sich alle Staaten der Erde den bestehenden Abrüstungsvereinbarungen unterwerfen. Frankreich und England sollten umgehend dazu in der Lage sein, ihre Massenvernichtungsmittel abzuschaffen. Die Chinesen werden vermutlich vorher von Amerika und Rußland gewisse Sicherheitsgarantien verlangen.

#### Vereinte Nationen

Grund zum Optimismus bietet die heutige Kompetenz der Vereinten Nationen. Die UNO scheint nach über vierzig Jahren endlich in der Lage zu sein, Maßnahmen globaler Friedenssicherung effektiv umsetzen zu können. Um dieses auch weiterhin zu gewährleisten, ist es notwendig, den Entscheidungsprozeß stärker zu demokratisieren und noch effektiver zu gestalten. Auch der Sicherheitsrat der UNO muß repräsentativer werden und in größerem Maße die Debatten in der Generalversammlung in seiner Politik berücksichtigen. Das im Sicherheitsrat praktizierte Veto-Recht schränkt die Effizienz der Organisation stark ein, darauf sollte verzichtet werden. Strategische Entscheidungen, die Konfliktlösungs- und vertrauensbildende Maßnahmen betreffen, müßten an den Generalsekretär und dessen Sekretariat delegiert werden. Neben Fragen der Friedenssicherung sollten auch andere globale Probleme, wie der Nord-Süd-Konflikt oder die Umweltverschmutzung im Rahmen der Vereinten Nationen unter Beteiligung aller Betroffenen diskutiert werden. Wenn die 'Großmächte' darauf verzichten, die Vereinten Natio-



nen dominieren zu wollen, dann sollten auch die kleineren Staaten ihre zahlenmäßige Mehrheit in der Organisation nicht verantwortungslos ausnutzen. Wie viele andere auch hat Indien häufig Resolutionen unterstützt, nicht weil man davon überzeugt war, sondern nur aufgrund der Solidarität mit arabischen oder afrikanischen Ländern, beziehungsweise als Sprecher der G-77 (wirtschaftliche Interessenorganisation von 77 Entwicklungsländern) oder der Blockfreien-Bewegung. Vergleichbar mit dieser Politik der falschen Kompromisse war die Ab-

kehrung von diplomatischen Kontakten zu Israel. Dieses ist mittlerweile korrigiert, ohne daß die prognostizierten negativen Auswirkungen eingetreten wären. Momentan wird auf der ganzen Welt diskutiert, wie die Arbeit der UNO effektiver gestaltet werden könnte. Indien sollte sich aktiv mit seinen einmaligen Erfahrungen in diesen Prozeß einbringen. Die fundamentalen Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit der Weltorganisation bestehen darin, daß die Mitgliedsstaaten ein gewisses Maß von Souveränität an die UNO abtreten, und

daß die mächtigen Staaten eine weitgehende Demokratisierung des Entscheidungsprozesses akzeptieren.

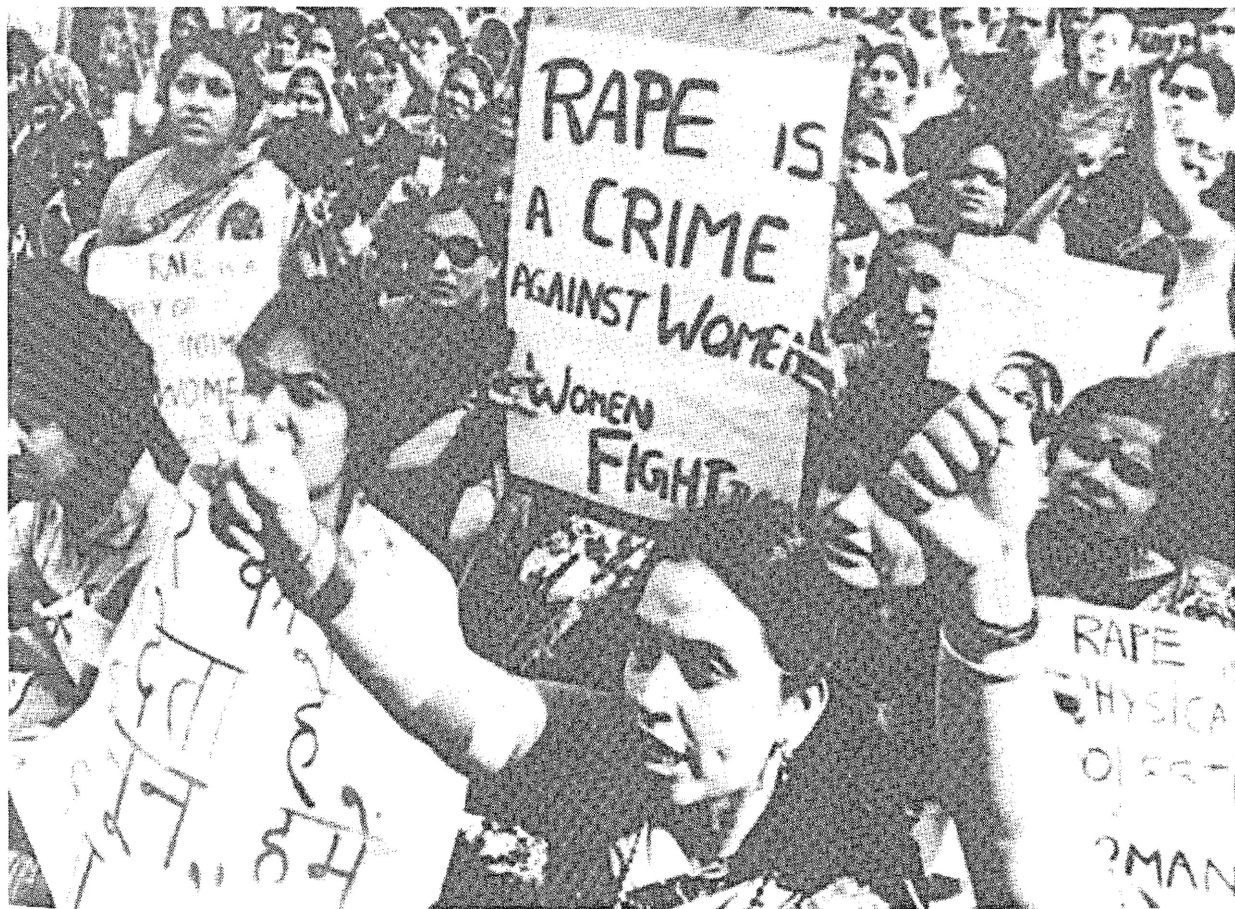
(Der Autor, Eric Gonsalves, ist pensionierter Diplomat. Er war u.a. indischer Botschafter in Brüssel und Staatssekretär im indischen Außenministerium. Bis vor kurzem war er Direktor des 'India International Centre', Delhi - einem internationalen Presseclub)

Übersetzung: Oliver Stege

## "Boshafte ai-Kampagne"

Breites Echo der Medien und schwache Argumente der indischen Regierung

"Völlig unbegründet und boshaft". Mit solchen Beschuldigungen, aber ohne stichhaltige Argumente hat die indische Regierung auch den neuesten, umfangreichen Bericht von amnesty international über 'Folter, Vergewaltigung und Tod im Polizeigewahrsam' zurückgewiesen.



Protest indischer Frauen gegen Vergewaltigung (Foto: AP)

Obwohl die Regierung dementiert und vertuscht, so gut es geht: überall in Indien, in fast allen Polizeistationen, scheint Folter inzwischen zu den übli-

chen Verhörmethoden zu gehören. Strafverdächtigen aus niederen Kasten und sozialen Schichten droht Prügel oder schlimmeres, Frauen schweben in der

akuten Gefahr, vergewaltigt zu werden. Durch diese brutalen, menschenverachtenden Methoden kommt es jedes Jahr zu Dutzenden von Todesfällen als